



Europas Suizid oder die Lust am Untergang

Deutsche Neo-Konservative drehen an den Stellschrauben der Entscheidungsabläufe

Woran ist Bundeskanzler Helmut Schmidt vor 35 Jahren letztendlich gescheitert? Am Nato-Doppelbeschluss oder an der eigenen Partei? Woran scheitert Bundeskanzlerin Angela Merkel? An der Flüchtlingsfrage oder an dem, was eigene GroKo- und Parteifreunde aus ihr machen? Die Parallele scheint frappierend, doch das Ergebnis wird hochdramatisch. Während damals eine starke parlamentarische Opposition bereit stand zur Machtübernahme, steht Deutschland jetzt vor einer Machtübernahme der Rechten – oder schönfärbend gesagt, der Konservativen. Da können zwar noch parlamentarische Kräfte dabei sein, doch getrieben werden auch diese vom Geschrei der Straße.

Vor kurzem glaubten der bayerische Ministerpräsident und sein wiedergenesener Vorvorgänger mit ihrer „Moskau-Wallfahrt“, eine neue bayerische Außenpolitik demonstrieren zu können. Sie verkündeten, es werde doch noch erlaubt sein, mit Putin zu reden. Ja natürlich, auch Merkel und Steinmeier reden mit Putin. Entscheidend ist, sagte einst der bisher einzige Ehrenbürger Europas, Helmut Kohl, „was hinten heraus kommt“. Das wissen wir noch nicht, außer dass Russland inzwischen unverschämt den Nahen Osten bombardiert. Was kommt dort heraus? Ein Ende der Flüchtlingsströme nach Europa? Wie lange kann man noch den Amerikanern die Schuld geben, weil sie damals Saddam Hussein weghaben wollten? Wird man dereinst die Russen loben, weil sie Machthaber Assad stabilisierten? Wird man dereinst auch die Visegrad-Länder und ihre Führung loben, weil sie wie ihre politischen Vorgänger Wälle und Stacheldraht im freien Europa auftürmten? „Was kommt hinten heraus“?

Nationale und rechtskonservative Tendenzen in ganz Europa

Im „Beitrag zur Zeitgeschichte“ gab es schon am 7. Oktober 2008 die Prophezeiung, dass der damals besonders in Deutschland hochgejubelte US-Präsidentschaftskandidat Barack Obama im realen Amtsleben deutlich an Image verlieren werde. Selbst die vorschnelle Verleihung des Friedens-Nobelpreises, die begeistert aufgenommene Rede in Kairo oder der Besuch an den Familienwurzeln in Kenia änderten nichts am rapiden Ansehensverlust. Im jetzigen US-Präsidentschaftswahlkampf wird stärker denn je zuvor gegen „die in Washington“ vom Leder gezogen. Was in der amerikanischen Innenpolitik geschieht, ist das eine. Doch Obamas Rolle in der Welt trug auch nicht zu Jubel-Arien bei, im Gegenteil. Ohne Moskau scheint nichts mehr zu gehen, ohne Washington aber viel. Die linken und rechten Amerika-Hasser in Europa verspüren Aufwind. Schrille Kandidaten wie Donald Trump oder im Ansehen zerzauste Kandidatinnen wie Hillary Clinton (ihr Ehemann als Nebenkandidat) treiben auch Amerikafreundliche Zeitgenossen in eine apathische Stimmung. Was hat man dort noch zu erwarten?

Auch aus dieser Sicht wird es verständlich, dass „rechtspopulistische“ Parteien in Frankreich, Polen oder auch in Deutschland Oberwasser bekommen. Verschwörungstheorien gegen das US-Bankensystem, den TTIP-Herrschaftswahn, die US-Besatzung Deutschlands oder die NATO-Einkreisung Russlands machen sich breiter denn je. Die europäische Herausforderung durch Flüchtlingsströme aus vornehmlich muslimischen Kulturkreisen tut ihr Übriges. Deutschland sei dem Untergang geweiht, heißt es, wenn man nicht kräftig gegensteuere. Kräftig, radikal, extremistisch, Steigerung ohne Ende. Da wundert es auch nicht, dass sogar Wladimir Putin als Heilsbringer gesehen wird, er, weil er Kämpfer ist gegen Dekadenz und amerikanisch-mosaischen Abgrund, denkt man.

In der Bundesrepublik wiederholt sich die Geschichte. Von etwa 1980 bis 1982 vertrat der amtierende Bundeskanzler eine, wie sich auch später bestätigte, richtige Meinung, indem er den NATO-Doppelbeschluss öffentlich verteidigte. Helmut Schmidt wurde von seiner eigenen Partei abgestraft, 1982 kam es zum Regierungswechsel. Derzeit tut sich besonders die CSU hervor, die eigene Bundeskanzlerin zum Abschluss freizugeben. Es vergeht kaum ein Tag, kaum eine Parteiveranstaltung, bei der nicht als Hauptgegner Angela Merkel angegriffen wird. Die Politik der SPD, der Linken, der Grünen oder auch der neuen Rechten? Das scheint die CSU nur am Rande zu interessieren. Sie hat nur ein Feindbild, das ist Angela Merkel. Wo bleiben die außen- und sicherheitspolitischen Überlegungen, was aus Deutschland nach der Machtübernahme der „Konservativen“ wird?



Erzwungener Machtwechsel 1982

Die Außenpolitik der Rechten

Die CSU bekämpft verbal die AfD oder die NPD, indem sie deren schrillen innenpolitischen Töne zurückweist oder sogar übertrumpft. Bisher setzte sich aber noch niemand mit der Außenpolitik rechtsnationaler Parteien auseinander. Deren gemeinsamen Ziele können nur die Selbstbehauptung der eigenen Nation widerspiegeln. Von einem „Vereinten Europa“ unter Le Pen, Björn Höcke oder Jaroslav Kaczynski träumt bisher niemand. Wenn endlich Amerika aus Europa hinausgeekelt ist, könnte ein neuer Napoleon, Hitler oder eben Putin auftauchen, der ruft: „Ich bin das Volk“. Das außenpolitische Programm der AfD ist zwar noch unbekannt, doch weitschauende Parteienler sollten für die Diskussion darüber gewappnet sein.

Ist eine „rechte Politik“ in der Zeit der zusammenwachsenden Welt realistisch? Außenpolitisch müssten auch rechtsgerichtete Parteien den Globus zur Kenntnis nehmen, die Globalisierung, die Digitalisierung, den Klimawandel. Natürlich könnte man kurzfristig mit innenpolitischen Themen die Agenda der internationalen Konferenzen bestreiten. An solchen Themen mangelt es den rechten Parteien nicht: Abtreibungsverbot, öffentliches Ärgernis durch Kleidung oder Verhalten, Presse-Liberalität, Sexualstrafrecht, Todesstrafe usw., um nur einiges alphabetisch aufzuzählen. Doch wenn das Asyl- und Flüchtlingsthema wegen der „konsequenten Politik“ gelöst ist? Denkbar wären dann internationale Jagd- und Sauf-Orgien wie bei Jörgli Haider oder grenzüberschreitende Religionstremoli wie bei Jaroslav Kaczynski. Die Vereinten Nationen insgesamt auf eine neue „rechte“ Basis stellen? Das Europäische Parlament, falls es nicht aufgelöst wird, zur Lobpreisung anderer Völker zwingen, wo man doch diese verachtet? Die verhassten Konzerne zerschlagen und die frei werdenden Arbeitnehmer auf Kleinbetriebe oder Einzelhändler verteilen, da diese das Rückgrat der heimischen Wirtschaft stellen? Also zunächst Chaos schaffen und dann wieder von vorne anfangen?

Petry und Höcke müssten noch viel tun, um dem deutschen Volk die Zukunft zu erklären. Die traditionellen Parteien aber müssen aus ihren Schneckenhäusern heraus, aus ihren alten Verhaltensweisen, aus ihrem Verweigern, direkt mit dem Volk zu reden. Schluss mit der widerlichen Talkshow-Stimmungsmache, die „dem Volk“ keine Debattenkultur vermittelt, weil es selbst daran nicht teilnehmen kann. Hinaus in die gute alte Zeit der Wirtshausgespräche, der Betriebsbesuche und Diskussionen mit den Arbeitnehmern, der direkten Demokratie bei Vereinen und Sozialverbänden, des hör- und sichtbaren Gesprächs mit dem Gegenüber, nicht beeinflusst durch technischen Schnickschnack. Letzteren kann man zu vielen anderen Gelegenheiten nutzen, aber nicht zu einer demokratischen Überzeugungskultur. Wer gerne „Leitkultur“ fordert, muss dauerhaftes Vorbild sein, nicht nur an der nächsten Schlagzeile basteln. Er muss sich mutig hinstellen und dem Volk aufs Maul schauen, aber nicht immer die sogenannte Stimme des Volks mit Donnerhall wiederholen. Das Volk hat auch schon oft und sehr schnell „Kreuziget ihn“ oder „Rübe ab“ gerufen.

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de